

# zfsö

## ZEITSCHRIFT FÜR SOZIALÖKONOMIE

- Dieter Fauth **3** Martin Luthers Zinskritik als Chance und Belastung für heutige Geldreformbestrebungen
- Hans Günter Wagner **11** Zwischen Vernunft und Emotion  
Wirtschaftsethische Paradigmen (I)
- Beate Bockting **21** Negativzinsen: Erkenntnisstand bei einer Konferenz der Brookings-Denkfabrik
- Ulrich Kriese **30** Grundsteuerreform – Die Politik in der Sackgasse?
- Christiane Schwarz **33** Die Landfrage – Kernpunkt des Konflikts in Kolumbien
- Hans-Jürgen Burchardt **40** Agrargenossenschaften in Kuba – Mit angezogener Handbremse in die Zukunft
- Dirk Löhr **49** „Tinbergen reloaded“: Mehrfache Dividende oder mehrfache Neutralität?
- Ulrich Schachtschneider **63** Ökologisches Grundeinkommen – Freiheitliche Umwelt- und Sozialpolitik
- 71** Bücher – Veranstaltungen

**Herausgeber:** Stiftung für Reform der Geld- und Bodenordnung in Zusammenarbeit mit der Sozialwissenschaftlichen Gesellschaft 1950 e.V.

**Verlag:** Verlag für Sozialökonomie  
Rettberg-Gauke Verlags- und Medienservice  
Eilers Teich 4, 31139 Hildesheim  
Telefon: 05121-2041974  
eMail: info@rettberg-gauke.de  
www.gauke.net

### Jahresabonnement

(4 Folgen, derzeit 2 Doppelfolgen jährlich):  
20,00 EURO incl. MWSt. und Porto.

### Ermäßigtes Jahresabonnement:

Schüler, Auszubildende, Studierende & Erwerbslose bei entsprechendem Nachweis 15,00 EURO incl. MWSt. und Porto. Abonnements verlängern sich automatisch um ein Jahr, wenn sie nicht bis 4 Wochen vor Ablauf des Bezugszeitraums gekündigt werden.

**Zahlungen stets erst nach Erhalt einer Rechnung!**

**Auslieferung und Inkasso:** Schmidt & Klauinig  
Ringstraße 19, 24114 Kiel  
Telefon: 0431-66064 0 | Telefax: 0431-66064 24  
h.stamp@schmidt-klauinig.de

**Redaktion:** Dipl. Ökonom Werner Onken  
— verantwortlich —  
Weitzstr. 15, 26135 Oldenburg  
Telefon: 0 441 - 36 111 797 [AB]  
eMail: onken@sozialoekonomie.info

Redaktionsschluss: Ende Februar bzw. Ende August für die jeweils im April bzw. Oktober erscheinenden Doppelhefte.

Gewinnabsichten sind mit der Herausgabe nicht verbunden.

Die Zeitschrift dient dem Meinungsaustausch über gesellschaftliche und wirtschaftliche Zeitfragen.

**Für den Inhalt der Beiträge sind die Autoren selbst verantwortlich.**

**Nachdruck nur mit Genehmigung des Verlages.**  
Für unverlangte Manuskripteinsendungen wird keine Haftung übernommen.

Die Texte in unserer Zeitschrift sind hinsichtlich der Rechtschreibung leider vorläufig noch genauso unterschiedlich wie die derzeitige diesbezügliche Situation im deutschsprachigen Raum.  
Wir bitten Sie um Verständnis dafür.

© Copyright by  
Sozialwissenschaftliche Gesellschaft 1950 e. V.,  
Hamburg  
Printed in Germany

### "Stiftung für Reform der Geld- und Bodenordnung"

1. Vorsitzender: Ass. jur. Fritz Andres  
Dhaunerstr. 180, 55606 Kirn  
Telefon/Telefax: 0 67 52-24 27  
eMail: fritz.andres@gmx.de

2. Vorsitzender: Dipl.-Kfm. Thomas Betz, Berlin  
www.stiftung-geld-boden.de

Die "Stiftung für Reform der Geld- und Bodenordnung" wurde 1973 als "Stiftung für persönliche Freiheit und soziale Sicherheit" gegründet und erhielt 1997 ihren jetzigen Namen. Sie hat ihren Sitz in Hamburg und wurde vom Hamburger Senat als gemeinnützig anerkannt.

§ 2 ihrer Satzung lautet: "Die Stiftung fördert die Wissenschaft auf dem Gebiet der Wirtschafts- und Sozialpolitik, insbesondere in bezug auf das überkommene Geldwesen und ein modernes Bodenrecht. Sie verbreitet die Ergebnisse ihrer Forschung durch Wort und Schrift. Sie unterstützt gleichgerichtete, als gemeinnützig anerkannte Einrichtungen."

### "Sozialwissenschaftliche Gesellschaft 1950 e.V."

1. Vorsitzender: Prof. Dr. Dirk Löhner  
2. Vorsitzender und Geschäftsführer:  
Dipl.-Volkswirt Ass. jur. Jörg Gude  
Geschäftsstelle:  
Wiedel 13, 48565 Steinfurt  
eMail: joerggude@aol.com

www.sozialwissenschaftliche-gesellschaft.de

Gesellschafts- und wirtschaftspolitischer Erkenntnisgewinn wird bislang noch vielfach durch mächtige Gruppeninteressen und in zunehmendem Maße auch durch rechts- und linksextremistische Ideologien fehlgeleitet. Im Gegensatz dazu hat sich die Sozialwissenschaftliche Gesellschaft das Ziel gesetzt, ordnungspolitische Grundlagen für eine sozial- und umweltverträgliche Marktwirtschaft sowie für eine freiheitliche Demokratie zu erarbeiten. Sie bekennt sich zu den Grundsätzen:

- der Respektierung der Würde und Rechte aller Menschen unabhängig von ihrer Herkunft, Hautfarbe und Religion,
- der Freiheit und sozialen Gerechtigkeit im Rahmen der Verantwortung eines jeden Menschen für sich und die Allgemeinheit,
- des Eigentums an selbst erarbeiteten Gütern,
- einer freien, weder durch Monopole und Machtinteressen noch durch protektionistische Schranken verfälschten Marktwirtschaft,
- der Achtung vor der natürlichen Umwelt als einem Gemeinschaftsgut,
- der Verständigung zwischen Menschen und Völkern in einer weltoffenen Zivilgesellschaft,
- des Strebens nach innerem und äußerem Frieden.



## **Liebe Leserin und lieber Leser,**

gegenwärtig erwärmt sich nicht nur die Erdatmosphäre, sondern auch die soziale Atmosphäre. Politiker wie Trump und Erdogan heizen den Menschen kräftig ein. Aber viele von ihnen reagieren darauf leider nur kurzfristig. Die Demokratie und der ‚freie‘ Welthandel sind nämlich nicht nur durch Rechtspopulismus und Terrorismus gefährdet. Seit Karl Raimund Poppers „Die offene Gesellschaft und ihre Feinde“ (1945) hat sich die westliche Welt daran gewöhnt, die Gründe für die gegen sie gerichteten Anfeindungen auf äußere Feinde wie den Kommunismus oder den islamistischen Fundamentalismus zu projizieren. Nach jedem terroristischen Gewaltakt wird die sog. ‚westliche Wertegemeinschaft‘ beschworen – ohne dass sich ihre Repräsentanten fragen, ob die strukturell ungerechte ‚Ordnung‘ der (Welt-)Wirtschaft vielleicht selbst den Nährboden für strukturelle und offene Gewalt schaffen könnte. Der westliche ‚Way of life‘ steht nicht zur Debatte, obwohl er auf einer Aneignung weltweiter Ressourcenvorräte beruht.

Vor vier Jahrzehnten begannen die Zauberlehrlinge des Neoliberalismus, politische Geister wie Reagan und Thatcher zu rufen, die ihre Dogmen in eine geradezu euphorisch globalisierungsfreundliche Politik umsetzten. In Deutschland fanden sie ihre Nachahmer auch im rot-grünen Gespann Schröder/Fischer. Lange Zeit glaubten Ökonomen und Politiker jedweder Couleur: „There is no alternative.“ Aber nachdem die kapitalistische Form der Globalisierung diese völlig überdreht hat, breitet sich mittlerweile eine dumpfe Globalisierungsskepsis aus. Der Brexit, Trumps „America first“, die AfD in Deutschland, der „Front National“ in Frankreich usw. – wohin das Auge in Europa blickt: viele sind sich mittlerweile selbst die Nächsten und trachten nach einer gegenseitigen Abschottung. Drei Jahrzehnte nach dem Ende des Kommunismus gleiten Polen und Ungarn wieder in autoritäre Regierungsformen ab. Alte, längst überwunden geglaubte Un-

geister stehen wieder auf: der Glaube an ein eigenes homogenes Volk, an einen traditionell bestimmten Platz für Mann und Frau, an fossile Energieträger, an die Einschränkung der Gedanken- und Pressefreiheit zugunsten einer „postfaktischen Gesellschaft“.

Handelsbeschränkungen und der Bau neuer Mauern sind jedoch keine geeigneten Antworten auf die Fehlentwicklungen und Übertreibungen der Globalisierung. Aber kann man von einem milliardenschweren Immobilienhändler, der in seiner Antrittsrede als US-Präsident versprach, „Amerika wieder großartig zu machen“, ein ordnungspolitisches Verständnis für die Notwendigkeit einer gerechten Rahmenordnung für einen offenen, sozial- und umweltverträglichen und von jeglichen monopolistischen Machtgebilden befreiten Weltmarkt erwarten?

Wie verfahren die ganze Lage ist, zeigt auch ein Interview mit dem Ökonomen Prof. Angus Deaton, der den Nobelpreis für Wirtschaftswissenschaften 2015 erhalten hat. Neben manchen bedenkenswerten Überlegungen hält Deaton die weltweite Ungleichheit „weitgehend für ein Produkt des modernen Wirtschaftswachstums. ... Die Ungleichheit ist da wie die Schwerkraft.“ Außerdem gebe es ganz verschiedene Auffassungen darüber, was gerecht und fair ist (in: Der Spiegel Nr. 3/2017, S. 122). Statt sich über Ober- und Untergrenzen für Einkommen zu ereifern, könnte ein erster Schritt auf dem Weg zu mehr sozialer Gerechtigkeit darin bestehen, leistungslose Vermögenseinkommen unmöglich zu machen.

Heinrich Heine würde sein berühmtes „Wintermärchen“ in unseren Tagen vermutlich so ändern: „Denk ich an die ganze Welt heut‘ Nacht, so bin ich um den Schlaf gebracht.“ Bleiben wir also wach und bemühen uns im Rahmen unserer bescheidenen Möglichkeiten weiterhin darum, beim Ebnen von Wegen in eine gerechtere Wirtschaftsordnung mitzuwirken.

Werner Onken

## Freiheit und Gleichheit bedingen sich gegenseitig

„Im Namen der Gleichheit aller Menschen wurden einst überlieferte Pfründen beseitigt und althergebrachte Privilegien in Trümmer gelegt. Doch die revolutionäre Kraft des Gleichheitsgedankens überdauerte die Revolutionen nicht. Die Gleichheit wurde alsbald juristisch domestiziert.

Das allgemeine Gleichheitsprinzip verkümmert weitgehend zum Willkürverbot. Es wird fast nur auf geringstmöglichem Gleichheitsniveau implementiert, nämlich so, dass gerade eben noch die Rede davon sein kann, dass man den geschriebenen Gleichheitssatz anwendet und nicht etwa nur irgendein ungeschriebenes Verfassungsgebot der Vermeidung grösster Unsachlichkeit.

Die instinktive Zurückhaltung der meisten Grundrechtler vor der grundrechtstechnischen Effektuierung der Gleichheit beruht darauf, dass sie um die Freiheit fürchten. ... Sobald aber die Zurückhaltung, durch welche man die Freiheit schützen will, ihr in Wahrheit schadet, wird die dogmatische Zurückhaltung im Ergebnis kontraproduktiv.

Die Furcht vor der Gleichheit und die Angst vor der Gerechtigkeit, die aus der Sorge um die Freiheit hervorgehen, sind bedingt berechtigt. ... Im Übrigen aber gründet die Freiheit selbst in der Gleichheit: so wie die Befreiung des Sklaven im wesentlichen die Verwirklichung seiner menschenrechtlichen Gleichheit ist. Diese Art von Gleichheit, die das wahre Fundament der Freiheit ist, hatte bislang kaum eine Chance, ihre grundrechtliche Fruchtbarkeit und Kraft zugunsten der Freiheit zu beweisen.“

Prof. Dr. Dieter Suhr (1939-1990)

Gleiche Freiheit – Allgemeine Grundlagen und Reziprozitätsdefizite der Geldwirtschaft  
(in Zusammenarbeit mit Armin Trautmann), Augsburg 1988, S. 4.

\*

Weitere Informationen über das Leben und Werk des  
Rechtsphilosophen und Verfassungsrechtlers Dieter Suhr  
gibt es auf der neu eingerichteten Internetseite  
**[www.dieter-suhr.info](http://www.dieter-suhr.info)**